

Was bleibt übrig vom Rentenreformpaket?

Roland Fehlhaber / Günter Schwengel, AG Recht

Der Bundestag beschäftigte sich in erster Lesung mit dem Entwurf des Gesetzes „Über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung“, allgemein bekannt unter dem Begriff „Rentenreformpaket“, über dessen wesentlichen Inhalt wir bereits in unserer Ausgabe vom Februar 2014 informiert haben.

Seit der Bundestagssitzung erleben wir in den elektronischen Medien eine wahre Offensive von Vertretern des Unternehmerflügels und von Abgeordneten der CDU/CSU gegen einzelne Bestandteile des Rentenreformpakets.

Es wird das Gespenst eines wirtschaftlichen Niedergangs der Bundesrepublik gemalt, weil die jeweiligen Reformen zu hohe Kosten und negative Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt verursachen würden.

Auf diese Weise verstärken sie vor der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag im Juli 2014 den Druck auf den rechten Flügel der Abgeordneten, um diese zur Ablehnung zu veranlassen.

Um zu erkennen, welchen Hintergrund diese Angriffe auf die Rentenreform haben, braucht man sich nur anzusehen, von wem diese vorgebracht werden.

Es handelt sich fast ausschließlich um leitende Personen von Wirtschaftsunternehmen. Bei diesen Personen ist es nicht verwunderlich, dass sie sozialen Leistungen ablehnend gegenüberstehen, da sie dadurch ihren Profit geschmälert sehen.

Umso verwunderlicher ist es, dass ihnen in den elektronischen Medien niemand von der Regierungskoalition, von der ja das Rentenreformpaket stammt, entgegentritt. So überlassen sie das Sagen dem Unternehmerflügel, und es ist zu befürchten, dass es vor der endgültigen Verabschiedung im Bundestag zu weiteren Kompromissen kommt. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, ist es höchste Zeit, dass die Seniorenorganisationen ihre Stimme in der Öffentlichkeit kundtun.

Die in dem Gesetzentwurf über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung angekündigten Änderungen fallen ohnehin nur sehr bescheiden aus und führen nicht dazu, die Ungerechtigkeiten in der Rentenversicherung zu überwinden.

So sollen in der Mütterrente für die vor 1992 geborenen Kinder nicht wie bisher ein, sondern zwei Entgeltpunkte angerechnet werden.

Offen bleibt jedoch die Frage, warum man einen Unterschied zu den nach 1992 geborenen Kindern macht, für die drei Entgeltpunkte zuerkannt werden.

Die Angriffe des Unternehmerflügels auf das Rentenreformgesetz konzentrieren sich vor allem auf die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen über den abschlagsfreien Renteneintritt mit 63 Jahren. Der Widerstand richtet sich vor allem dagegen, dass im Gesetzentwurf unter der Voraussetzung von 45 Beitragsjahren auch Jahre der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden sollen. Dabei wird das Gespenst eines angeblichen Missbrauchs dieser Regelung in solchen Fällen, in denen der Betreffende vor Erreichen des 63. Lebensjahres arbeitslos wird, an die Wand gemalt. In diesem Zusammenhang wurde der „Kompromissvorschlag“ eingebracht, den abschlagsfreien Renteneinstieg mit 63 Jahren nur dann zu ermöglichen, wenn der Betreffende in den zwei Jahren vor dem 63. Lebensjahr nicht in Arbeitslosigkeit fällt. Angesichts der typischen DDR-Lebensläufe dürfte die Zahl der Arbeitnehmer, die nach 1989 bis zum 63. Lebensjahr eine nicht durch Arbeitslosigkeit unterbrochene Tätigkeit ausüben konnten, so wieso nicht sehr hoch sein. Hinzu kommt, dass der Bezug von Arbeitslosengeld II auch nach dem Gesetzentwurf einen abschlagsfreien Renteneintritt mit 63 Jahren weiterhin ausschließt.

Bei der Rente mit 63 Jahren ist ferner zu beachten, dass diese nur Personen in Anspruch nehmen können, die zwischen dem 1.7.1951 und dem 31.12.1952 geboren wurden. Danach soll das Zugangsalter in zwei Monatsschritten angehoben werden, bis letztendlich das Renteneintrittsalter bei 65 Jahren liegt.

Eine der hauptsächlichen Ungerechtigkeiten im gegenwärtigen Rentenrecht, die auch bei einer Realisierung des Rentenreformpaketes fortbestehen wird, ist der sogenannte aktuelle Rentenwert, der in einen aktuellen Rentenwert West und einen aktuellen Rentenwert Ost geteilt wird.

Obwohl seit vielen Jahren aus Gründen der Rentengerechtigkeit gefordert wird, diesen Un-

terschied zu beseitigen, besteht er selbst nach 25 Jahren der Herstellung der deutschen Einheit fort.

Ab 1.7.2014 hat in den alten Bundesländern ein Entgeltpunkt einen aktuellen Rentenwert von 28,61 Euro und in den neuen Bundesländern von 26,39 Euro.

Es ergibt sich die Frage, wie lange diese durch nichts zu begründende Ungerechtigkeit noch aufrecht erhalten werden soll.

Die Partei DIE LINKE hat in diesem Zusammenhang im Bundestag den Antrag eingebracht, die Angleichung der Renten in Ostdeutschland an das Westniveau sofort auf den Weg zu bringen und die im Koalitionsvertrag vorgesehene Zeitspanne zu kürzen. Deshalb sollte es unser Anliegen sein, die Unterschriftenaktion für eine Petition nach Kräften zu unterstützen. (**ISOR aktuell** März 2014).

Für die Kritiker am Rentenreformpaket ist einer der wichtigsten Ablehnungsgründe die Finanzierbarkeit der zusätzlichen Leistungen.

Nach den Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit belaufen sich die Kosten der Reformen im ersten Jahr der vollen Wirksamkeit 2015 auf etwa zehn Milliarden Euro. Die Mehrkosten für das Rentenreformpaket sollen aus der Rentenkasse finanziert werden, womit deren Reserven, die gegenwärtig auf 32 Milliarden Euro geschätzt werden, in wenigen Jahren aufgebraucht sind. Wollte man dann die Leistungen aus dem Rentenreformpaket nicht rückgängig machen, bliebe nur eine Beitragserhöhung übrig. Dieser Kreislauf könnte nur durchbrochen werden, wenn man sich entschließe, dem Vorschlag der Partei DIE LINKE zu folgen und auch den Personenkreis in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, der bisher keine Beiträge hierfür geleistet hat. Das sind in erster Linie die Beamten und die sogenannten Selbstständigen. Für ihre Einzahlungen wäre dann ebenso wie für alle Rentenversicherungspflichtigen die Beitragsbemessungsgrenze maßgeblich. Eine derartige Regelung wäre auch deshalb gerechter, weil nach der gegenwärtigen Praxis zum Beispiel bei der Mütterrente die zusätzlichen Leistungen aus der Rentenkasse auch denjenigen zu gute kämen, die für die Rentenkasse keinerlei Zahlungen leisten, weil sie Pensionen beziehen, für die die Steuerzahler aufkommen.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Aufstockung der Zurechnungszeit für die Erwerbsminderungsrente von zwei Jahren kann nicht verhindern, dass diese Rente weiterhin unter dem Niveau der Grundsicherung liegt.

Um einem Ansteigen der Altersarmut zu begegnen, wäre ein Absinken des Rentenniveaus auf 43,7 Prozent im Jahre 2030 zu verhindern. Dieses Grundproblem für künftige Rentnergenerationen wird von der Bundesregierung geflissentlich ausgeblendet.

Nicht zuletzt gehört zur Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten auch die Beseitigung der Strafrenten. Noch erhalten zigtausend Strafrentner im Osten Deutschlands eine pau-

schal gekürzte Rente, wodurch sie zu einem erheblichen Teil ihrer in die Rentenversicherung eingezahlten Sozialbeiträge enteignet wurden. Davon ist in dem Rentenreformpaket keine Rede und so bleibt diesen Personen nichts anderes übrig, als ihre Rechte beim Bundesverfassungsgericht zu suchen.

Bei den bevorstehenden Wahlen besteht die Möglichkeit, auf unsere Forderung nach mehr Rentengerechtigkeit aufmerksam zu machen. Unsere Stimme sollte nur diejenige Partei erhalten, die am konsequentesten für unsere Interessen eintritt.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Manfred Volland informierte über einen persönlichen Brief an den russischen Botschafter in Berlin, in dem er sich – auch im Namen von ISOR – von der derzeitigen antirussischen Hetze distanziert. Dieser Brief wurde vom Vorstand gebilligt.

Peter Speck berichtete, dass die Arbeit der Hochwasserkommission abgeschlossen ist und derzeit die anteiligen Überweisungen der Spendensumme von 50.540,- Euro an insgesamt 14 Geschädigte erfolgen. Damit werden diesen Hochwasseropfern ca. 40 % des nicht regulierten Schadens ersetzt. Der Vorstand dankt allen ISOR-Mitgliedern, die durch ihre solidarische Unterstützung diese Hilfe ermöglicht haben. Ein besonderer Dank gilt Werner Sachs, der allein 475,-Euro vom Erlös aus dem Verkauf seines Buches „Lehrers Kinder...“ ge-

spendet hat. Umso mehr hat uns die Nachricht von seinem Tod am 29. April betroffen gemacht.

Wolfgang Schmidt informierte, dass der Geschäftsstelle bei Redaktionsschluss 1496 Unterschriften zur Petition für eine schnelle Rentenangleichung Ost an West zugegangen sind. Der Vorstand orientiert weiter darauf, diese Unterschriftensammlungen nicht vor schnell abzuschließen und die sich noch bis Juni bietenden Gelegenheiten zur Unterschriftensammlung umfassend zu nutzen.

Oberst a.D. Frithjof Banisch, Vorsitzender der IGRA (Interessengemeinschaft Grenznachlässe und Archiv unter dem Dach der GRH), stellte dem Vorstand der ISOR das IGRA-Archiv vor und erläuterte dessen Entstehung, Organisation und Zweck. Mit diesem Archiv sei es gelungen, wichtige Zeitdokumente zur Arbeit der Grenztruppen der DDR und deren strafrechtlicher Verfolgung nach 1990 zu sichern und für die wissenschaftliche und faktengestützte Auseinandersetzung gegen Geschichtslügen aufzubereiten. So entstanden z.B. Dokumentationen zur Entwicklung der Grenztruppen der DDR und zur Gestaltung der Schusswaffengebrauchsbestimmungen. Das Archiv steht zur Nutzung für objektive Publikationen zur Verfügung und wird in ehrenamtlicher Arbeit computergestützt weiter erschlossen und ausgebaut.

Auf der Internet-Seite www.igra-gt.de können Informationen zur IGRA abgerufen werden.

Vorstandsmitglied Hans Schwart berichtet über einen Besuch im Wildpark Johannismühle:

Es entstand auf einer ehemaligen Militärfäche auf ca. 140 Hektar ein einzigartiges Kleinod für Pflanzen und Tiere.

Dort können in einem naturnahen und artgerechten Lebensraum Auerochsen, Wildpferde, Rot-, Dam- und Muffelwild, Braunbären, Luchs und Wölfe, beobachtet werden. Die im Wildpark befindliche Auffangstation für Löwen und Tiger, die vorwiegend aus abgewickelten Zoos der DDR stammen sind ebenso zu besichtigen.

Ein Besuch des Wildparks Johannismühle in Baruth/OT Klasdorf, Johannismühle 2, ist auch mit Kindern empfehlenswert. In einem Ferienhaus bestehen Übernachtungsmöglichkeiten.

WWW.WILDPARKJOHANNISMUEHLE.DE

Berichtigung

In unserem Artikel zur Petition für die unverzügliche Rentenangleichung Ost an West (Ausgabe 04/14, Seite 2) ist leider ein Fehler unterlaufen.

Richtig muss es heißen: „Mit der für den 1. Juli 2014 angekündigten Rentenerhöhung von 1,67 Prozent im Westen und 2,53 Prozent im Osten...“ (also nicht Euro).

Der Begriff „Unrechtsstaat“ wird selbst von Rechtswissenschaftlern der alten Bundesländer als juristisch unzutreffend und nicht haltbar bezeichnet und als „politischer Begriff“ definiert, der zur Diffamierung eines Staates dient.

Der demokratische Charakter eines Staates lässt sich vor allem an seinem Rechtssystem und dessen Verwirklichung ermesen. Dazu sind Vergleiche zum Rechtssystem der „Wertegemeinschaft“ der Bundesrepublik erforderlich.

Abgesehen von der Tatsache, dass die Verfassungen der DDR nach umfangreicher öffentlicher Diskussion und Volksbefragung in Kraft gesetzt, das Grundgesetz der Bundesrepublik aber nur durch den Parlamentarischen Rat nach Annahme durch die Volksvertretungen der beteiligten Länder (alte Bundesländer) beschlossen wurde, wurden die für die Entwicklung, den Schutz und die Sicherung der Rechte der Bürger entscheidenden Gesetzeswerke erst nach umfangreicher öffentlicher Diskussion beschlossen (Familiengesetzbuch/ Arbeitsgesetzbuch, Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Gerichtsverfassungsgesetz, VP-Gesetz usw.).

Das Rechtssystem entwickelte sich mit der fortschreitenden Entwicklung des Staates und



Die **TIG Strausberg** nahm das Jahr der Gedenk- und Feiertage zum Anlass, sich auch mit der Behauptung „Die DDR – ein Unrechtsstaat“, in einer thematischen Mitgliederversammlung im März gemeinsam mit anderen Organisationen unseres Einzugsbereiches auseinanderzusetzen.

Wir, die wir nun „endlich“ seit 24 Jahren in einem „Rechtsstaat“ leben, luden dazu Dr. Günter Sarge, letzter Präsident des Obersten Gerichtes der DDR zu uns ein.

Gerade in diesen Monaten, wo nach seinen Worten die „Politikanarchie“ ein bisher nicht erreichtes Ausmaß angenommen hat, das Völkerrecht zur „Hure“ verkommen ist, scheinbar keine Rechtsnormen mehr existieren und eine bisher nicht gekannte schlechte Rechtsmoral besteht, das ehemalige Völkerrechtssubjekt DDR als „Unrechtsstaat“ zu verunglimpfen, sei der Gipfel der Diffamierung. Er bewies das anhand:

- der Nichteinhaltung der 2+4 Verträge, insbesondere an der Ostausdehnung der Nato;
- von Veröffentlichungen der Massenmedien, die von täglich 650 Fehlurteilen der Gerichte berichteten;
- des Kriminalitätsberichts des Landes Brandenburg aus dem hervorgeht, dass der Schutz der Bürger vor Straftaten insbesondere in der grenzüberschreitenden Kriminalität, bei Kfz- und Einbruchdelikten nur unzureichend gewährleistet war.

194.000 registrierte Straftaten stehen 130.000 in der gesamten DDR im letzten Jahr ihres Bestehens gegenüber.

Eine letzte Vorbemerkung galt der durch die „Jahn-Behörde“ hochgespielten „Zwangsarbeit“ in den Haftanstalten der DDR (General Winderlich hat dazu bereits publiziert) und der Aussage im Grundgesetz der Bundesrepublik Artikel 12 (3) wonach Zwangsarbeit bei einem gerichtlich angeordneten Freiheitsentzug zulässig ist.

der wachsenden Teilnahme der Bevölkerung an seiner Gestaltung. Heute gängige Begriffe und Verfahren wie Sicherheitsverwahrung (eine Erfindung der Nazis), Beugehaft, Freikauf vor Verurteilung (Deal), Mord aus niederen Beweggründen (durch die Faschisten eingeführt) gab es in der DDR nicht. Genauso ließ das Gerichtsverfassungsgesetz heute übliche Verschleppungen oder mediengesteuerte Prozesse nicht zu.

Während die Justiz der Bundesrepublik entsprechend der alten preußischen Ordnung aufgebaut ist, die eine Vielzahl unterschiedlicher Gerichte und Strukturen enthält, die unabhängig voneinander agieren, hatte die Jurisdiktion der DDR eine klare und übersichtliche Struktur auf zentralstaatlicher Ebene. Es existierte das Kassationsrecht des übergeordneten Gerichts, um Fehlentscheidungen aufheben zu können.

Die breite Einbeziehung der Bürger in die Rechtsprechung (Schöffen, gesellschaftliche Gerichte), Rechtsfindung (gesellschaftliche Verteidiger und Ankläger, Bürgschaften), Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit u.a. Kriminalitätsvorbeugung und Brandschutz trugen wesentlich zu einer hohen Ordnung und Sicherheit und einer relativ geringen Kriminalitätsrate bei. Bestimmte Delikte existierten in der DDR nicht oder nur gering, wie Organisierte- und Drogenkriminalität oder Bestechung.

Neben der der DDR abgesprochenen Rechtsstaatlichkeit, bildet das Argument der angeblich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Justiz einen weiteren Schwerpunkt der Diffamierung.

Der Redner führte aus, dass in der Bundesrepublik lediglich die Richter unabhängig sind und nur sehr schwer abrufbar sind, während alle anderen Organe politisch und staatlich über die Justizministerien der Länder und des Bundes geführt werden.

Die Vielzahl der Argumente und Beweise, die Dr. Sarge in der zweistündigen, gut besuchten Veranstaltung vortrug und die eingangs erwähnte Behauptung ad absurdum führte, sprengen den Rahmen dieses Berichtes. Es dürfte aber für viele TIG- eine Anregung sein.

Hans-Joachim Friedrich

*

Am 27. 03. 2014 trafen sich Mitglieder der **TIG Erfurt, Arnstadt, Weimar, Sömmerda und Mühlhausen** zusammen mit Freunden von RotFuchs, um gemeinsam einen Vortrag von Admiral a.D. Theodor Hoffmann zum Thema „NVA und Bundeswehr — zwei gegensätzliche Armeen“ zu hören.

Zuvor informierten wir die Tageszeitung „Thüringer Allgemeine“ und den MDR. In der „Thüringer Allgemeinen“ wurde die Veranstaltung darauf unter Tipps und Termine angekündigt. Eine Reaktion des MDR Thüringen erfolgte nicht.

Zu Beginn erläuterte unser Vorstandsvor-

sitzender die Schwerpunkte der weiteren Arbeit, die darauf gerichtet ist, unsere Kampfgemeinschaft zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen, uns noch mehr mit den regionalen Verbänden und Organisationen im Kampf für Rentengerechtigkeit, gegen Straffrenten und Sozialabbau zu vereinen und gemeinsam gegen Geschichtsverfälschungen und die Diffamierung der DDR aufzutreten.

Angesichts der bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen im Mai und der Landtagswahl im September rief unser Vorsitzender dazu auf, alle Kräfte unserer Organisation und der befreundeten Einrichtungen und Verbände zu bündeln, um die linken Kräfte zu unterstützen und zu stärken.

Höhepunkt unserer Zusammenkunft wurde der anschließende Vortrag von Admiral a.D. Hoffmann.

Er legte dar, dass beide Armeen — Bundeswehr und NVA — als Produkte des Kalten Krieges entstanden waren. Beide standen unter dem Einfluss der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. So gab es beim Aufbau der Bundeswehr 678 amerikanische Instrukteure und in der NVA 470 sowjetische Berater. Welche Orientierung diese Armeen erhalten sollten, wird dadurch deutlich, dass zwar in der NVA einige wenige Wehrmachtsoffiziere aufgenommen wurden, die sich zuvor im NKFD (Nationalkomitee Freies Deutschland) bzw. im BDO (Bund deutscher Offiziere) von der Naziideologie getrennt hatten, dass aber dagegen in der neu gegründeten Bundeswehr 44 Generale und Admirale sowie 10.000 Offiziere der Nazi-Wehrmacht mit offenen Armen empfangen wurden. Das ist nicht verwunderlich, denn schon 1951 hatte der militärische Berater Adenauers, Nazi-General Hans Speidel, bei Eisenhower um eine „Ehrenerklärung“ für die deutsche Wehrmacht nachgesucht und Adenauer erklärte am 3. 12. 1952 sogar, dass die Waffen-SS, die im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess als verbrecherische Organisation verurteilt worden war, in diese „Ehrenerklärung“ eingeschlossen sei. Natürlich war in dieser Bundeswehr kein Platz für Generale und Offiziere, die mit den Verbrechen des Naziregimes gebrochen hatten. So bemühte sich der ehemalige Generalmajor Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff, der 1943 einen Attentatsversuch auf Hitler unternommen hatte und 1944 zu dem Kreis von Stauffenberg gehörte, vergeblich, in die Bundeswehr aufgenommen zu werden. Er galt als „Verräter“ und wurde erst in den 60-er Jahren rehabilitiert. Dagegen wurde sehr gern Kapitänleutnant Klose aufgenommen, der von 1949 bis 1955 im Auftrag des britischen Geheimdienstes MI 6 mit seinen Aufklärungsbooten vor den Küsten der baltischen Republiken aktiv war und der öffentlich erklärte: „Mein Lebensziel ist, auf jeden Kommunisten und Bolschewisten zu

schießen und so werde ich meine Soldaten erziehen“. (Wer jetzt an Frau Timoschenko denkt, darf das durchaus tun!)

Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangspositionen und Orientierungen, so führte Admiral a.D. Hoffmann aus, haben beide Armeen — Bundeswehr und Nationale Volksarmee — in der Zeit des Kalten Krieges einen Beitrag geleistet, den Frieden in Deutschland zu sichern.

Seit 1990 haben wir eine veränderte Situation. Die Vereinigung der Bundeswehr und der NVA war weder möglich noch gewollt. Gegen die NVA wurden Gerüchte verbreitet, sie habe Waffen an den Irak verkauft und sei im Besitz von Chemiewaffen. Dass das alles Lügen waren, ist inzwischen bekannt, die Urheber der Lügen ebenfalls. Aber es führte dazu, dass bei der Übernahme der NVA Offiziere um mehrere Dienstgrade oder sogar zu Unteroffizieren zurückgestuft wurden, eine geringere Bezahlung erhielten und ihre Dienstzeiten nicht anerkannt wurden.

Auch die Bundeswehr hat sich seit 1990 verändert. Zwar wurde noch in der Charta von Paris 1990 von ewigem Frieden gesprochen, aber inzwischen werden Kriege leider wieder als „Mittel der Politik“ akzeptiert, es werden über die Medien neue Feindbilder erschaffen und ein Bundespräsident, der früher als Pfarrer: „Schwerter zu Pflugscharen“ predigte, fordert heute ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands. Krieg führen heißt aber nicht nur, Soldaten einzusetzen (der Referent verwendete ausdrücklich nicht den Ausdruck „Söldner“, obwohl viele Anwesende der Ansicht waren, dass kaum ein deutscher Soldat ohne höheren Sold bereit wäre, sich im Ausland töten zu lassen). Sich am Krieg zu beteiligen und mitschuldig zu machen, heißt auch: Aufklärung, Dokumentation und Weitergabe von militärisch wichtigen Informationen, Pflege verwundeter Kombattanten und vor allem Waffenlieferungen (Deutschland ist der drittgrößte Waffenlieferant in der Welt).

Die Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik, so betonte unser Referent abschließend unter großem Beifall, ist und bleibt in der mehr als tausendjährigen Geschichte Deutschlands, die einzige Armee, die nie Kriege geführt und deren Soldaten nie in andere Kriegsgebiete geschickt wurden.

Dietrich Reichardt

*

Die **TIG Marzahn** setzte am 9. April ihre Themenveranstaltungen „Dem Gegner nicht die Zukunft überlassen“ mit der Darstellung der geschichtlichen Zusammenhänge in der Ukraine fort.

Helmut Wagner, ein ausgezeichnete Kenner der geschichtlichen Entwicklung in der Ukraine, machte deutlich, dass die in den 90er Jahren gegründete neofaschistische Partei „Swobo-

da“ (Freiheit) eine bedeutende Rolle bei den Protesten auf dem Maidan spielt. Sie ist international mit anderen extrem rechten Parteien vernetzt, so mit der ungarischen Jobbig, der British National Party, der französischen Front National und der NPD in Deutschland. Während der Proteste in Kiew bildete sich eine paramilitärische Bewegung heraus, die sich „rechter Sektor“ nennt. Sie sieht sich in der Tradition ukrainischer Formationen, die im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland und die SU kämpften. Sie ist an der Putsch-Regierung beteiligt.

Die USA und die NATO setzen nicht nur auf die Oligarchen, sondern nutzen die Erben von Bandera im Kampf gegen Russland für das weitere Vordringen der NATO bis an Russlands Grenzen.

Seit Mitte der 90er Jahre prägen Oligarchen die Politik der Ukraine. Diese Kräfte sind im Zuge der Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums und durch illegale Geschäfte zu Reichtum und Einfluss gekommen. Seit der Auflösung der UdSSR spielt die Ukraine eine besondere Rolle im Vordringen der NATO.

Die Geschichte der Ukraine und Russlands sind eng miteinander verflochten. Die Kiewer Rus des frühen Mittelalters gilt als Vorläuferstaat Russlands, Weißrusslands und der Ukraine. Die Herausbildung einer ukrainischen Nationalbewegung erfolgte Anfang des 20. Jahrhunderts. Prägend für deren Entwicklung war die Teilung des Landes 1921, wobei das westliche Drittel an Polen ging, während 1922 die übrigen Teile als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik Teil der Sowjetunion wurde. Von 1941 bis 1944 verwüsteten deutsche Faschisten die Ukraine. In dieser Zeit starben mehr als fünf Millionen Ukrainer, eineinhalb Millionen Juden wurden ermordet. Aber rund 300.000 Ukrainer, hauptsächlich aus den Westgebieten, kämpften auf faschistischer Seite, deren Symbol der Antikommunist Stephan Bandera war.

Die ausgebliebene gesellschaftliche Diskussion über die Geschichte während der Sowjetzeit und die Wunden sowohl während des Großen Vaterländischen Krieges als auch die Teilnahme am Vernichtungskrieg der Faschisten sind wesentliche Gründe für die Zerrissenheit des Landes. Heute geht es allein um den

Machtanspruch der neuen Reichen und um Interessen der USA und der Europäischen Union. Die Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hetze besonders einiger Grüner (Harms/Schulz) zeigen erneut, was der Westen unter Menschenrechten und Freiheit versteht.

Horst Reichardt

Aus der Postmappe

Nach wie vor bin ich eifriger Interessent und Leser von **ISOR aktuell**. Gerade die letzte Ausgabe 04/2014 veranlasst mich, eine Meinung zum Artikel „Rentenangleichung Ost und West“ zu äußern, zeugt er doch von der Losung „Nie aufgeben denn es wurde schon einiges erreicht“.

Vielmehr noch bewegt mich die Verantwortungslosigkeit von gewählten Bundestagsabgeordneten zu der Problematik.

Ich betrachte es als eine Unverschämtheit und vor allem Verantwortungslosigkeit derjenigen Abgeordneten, die z.B. bei solchen wichtigen Debatten wie kürzlich zum Haushalt 2014 beim Thema Renten und Gesundheit dem Parlament fernblieben.

Vor gähnender Leere, mehr Zuschauer als Abgeordnete, die Regierungsbank leer, stellen sich die zuständigen Minister hin, um ihre Berichte vorzutragen.

Für mich ist dies wieder einmal ein Beweis, mit welcher Verantwortung sich die gewählten Abgeordneten stellen. Ich würde mich schämen.

Im Gegenteil dazu die Debatte zur Diätenerhöhung, da waren fast alle anwesend.

Kein Wunder, wenn sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger von dieser Politik abwenden.

Siegfried Tietz

*

Niemandem nützt es, wenn Tatsachen der Ungerechtigkeiten im politischen, sozialen und gesellschaftlichen Alltag schön geredet werden.

Wegsehen und Weghören sind Wasser auf die Mühlen jener Politiker, die sich den Grundsatz „wider besseres Wissen“ zur Praxis machen und bewusst „falsch Zeugnis“ reden.

Die Erfahrung lehrt uns: Wenn wir die Probleme

in der ideologischen Auseinandersetzung konkret benennen, zwingen wir die politischen Gegner zur Positionierung und stellen ihn mit seinen lügenhaften Darstellungen in der Demokratie öffentlich an den Pranger.

Wieder und wieder bewahrheitet sich: Versprechungen vor der Wahl sind nicht Handlungen nach der Wahl. Offensiv auf der Basis des Grundgesetzes zu stehen, erhöht den öffentlichen Wirkungsgrad unserer Aktivitäten bei der Demaskierung und Aufdeckung der politischen Verdummung der Bürgerinnen und Bürger.

Meine Wahrnehmung ist, dass in der gegenwärtigen Politik vielfach Lügen ein Unterpfand für die „Glaubwürdigkeit“ nicht weniger Politiker ist. Die politische und soziale Wahrhaftigkeit bleibt auf der Strecke.

Dem entgegenzuwirken war auch ein Anliegen der Güstrower Willenserklärung vom 14. März 2013 im Schulterschluss mit linksorientierten Vereinen, Verbänden und Bürgern der Region. Unser Bestreben ist es, die TIG-Versammlungen stärker aus der bisherigen Vereinsebene zu führen, ohne dabei die Selbständigkeit infrage zu stellen. Das war uns sowohl im Jahre 2013 als auch mit den Versammlungen im ersten Quartal dieses Jahres gelungen. Wider Erwarten waren Interesse und Beteiligung sehr groß, so dass die Unterbringung aller Teilnehmer im Saal kompliziert war.

Maßgebend dafür waren Organisation, Themenwahl und sachkundige Referenten. Treffend gewählt war „Lateinamerika im Aufbruch“ und das Verhältnis der BRD zu diesen Ländern. Dr. Winfried Hansch, Vorsitzender der Alexander - von Humboldt-Gesellschaft, hat kenntnisreich und beispielgebend das Thema auf den Punkt gebracht. Am Beispiel des sozialistischen Kuba, das durch die USA seit 1962 einer totalen Wirtschaftsblockade unterworfen ist, wird sichtbar, welche Anstrengungen zum Sturz des dortigen politischen Systems unternommen werden. Die BRD ist als Aktivposten mit der Konrad-Adenauer- und der Hans-Seidel-Stiftung daran beteiligt.

Die Schlussfolgerung liegt in der Qualifizierung des Kampfes gegen jegliche menschliche Ungerechtigkeit.

Walter Krüger

*

Zwischenruf

Glaubt man weltläufigen Medien, wird Deutschland von einer ungeheuren Spionage-Anwerbe-Welle überrollt. Aber wie funktioniert eigentlich so etwas? Also, der grundsätzlich vertrauensselige Bundesbürger – und gemäß politischer Korrektheit die Bundesbürgerin gleich mit – erhält einen Brief zu „einem harmlosen Empfang in die Botschaft.“ Dort wird, es ist natürlich die russische Botschaft, zunächst Wodka im Übermaß gereicht, unterbrochen von mit Kaviar belegten Häppchen. Sind dann die geladenen Personen so richtig weich in der Birne, erfolgt der Vertragsabschluss und peng, hat Putin, der im Nebenzimmer so lange wartet, wieder

hohe Verantwortungsträger und –innen aus Politik und Wirtschaft in seinem Notizbuch zu stehen. Und schon kann es mit der Spionage so richtig losgehen.

Über das, nennen wir es mal Honorar, herrscht natürlich allerstrengstes Stillschweigen. Vorstellbar wäre ein mehrwöchiger Urlaubsaufenthalt auf der Krim oder einfach schnöde Euro oder noch schnödere Rubel. Über deren steuerliche Behandlung oder Meldung als Nebeneinnahme bei Abgeor ... , nein das können wir uns nun wirklich nicht vorstellen. Diese Detailfragen wird demnächst die **Nicht-Spionage-Agentur** aufklären.

w.k.

Ruth-Werner-Verein

Auf der Jahresversammlung zog der Vorstand erneut eine positive Bilanz. Mit über 600 Besuchern verzeichnen wir ein gutes Interesse. Auch die Anzahl unserer Mitglieder ist weiter gewachsen.

Ab **1. Mai** ist unsere Ausstellung wieder bis September täglich außer montags von 14 bis 16 Uhr geöffnet.

Höhepunkte im Scheunensaal in Carwitz (bzw. in der Schule) werden die Lesungen mit Diskussion sein, die zu folgenden Themen erfolgen

6. Juni zum Intern. Kindertag – Kinderbücher (in der Schule)

5. Juli Lesung aus Olga Benario

9. Aug. Lesung aus Kurgespräche

27. Sept. Ausstellungsschluss – Sontertisch Jürgen Kuczynski. Beginn jeweils 14 Uhr

**Wir danken für materielle und ideelle Unterstützung,
Anregungen, bzw. Einträge in unserem Gästebuch.**

Spendenkonto: Raiffeisenbank Mecklenburgische Seenplatte e.G.

BLZ 15061618 / BIC: GENODEF1WRN

Konto: 2076020 / IBAN: DE55150616180002076020

Spendenquittungen können ausgestellt werden.

Bei Gruppenanmeldungen bitte unsere stellvertretende Vorsitzende Ingrid Becker
Tel.: 039831-20505, E-Mail: Becker-Feldberg@t-online.de kontaktieren.

Von Schwertern und Pflugscharen war in der letzten **ISOR aktuell** zu lesen. Ein Herr mit einem solchen Anstecker gab am 13. August 2012 an der Berliner Mauergedenkstätte den Anlass für einen Prozess gegen zwei FDJ-Mitglieder wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Ohne auf die kleinlichen Einzelheiten des Gerichtsverfahrens einzugehen, stellte der FDJ-Zentralrat zum Ausgang des Prozesses in einer Erklärung u.a. fest:

Ein kleiner Sieg und eine große Aufgabe

Wir lassen uns unseren Kampf gegen Faschismus und Krieg nicht verbieten. Heute haben wir einen kleinen Sieg errungen. Der Richter stellte klar: Das Symbol werde als das Symbol der FDJ der DDR verstanden und dieses sei erlaubt.

Was können wir sagen: Ein kleiner Sieg ist es! Unsere Aufgabe bleibt: Der Kampf gegen Faschismus und Krieg ist die Aufgabe der FDJ seit ihrer Gründung. Es ist diese Organisation, die nicht davor zurückschreckt, die Kriegstreiber und Kriegsprofiteure zu benennen,

die sich kompromisslos gegen den deutschen Kriegskurs stellt. Es ist diese Organisation, die aufgrund ihres Kampfs gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland verboten wurde ... : Die Annexion der DDR ermöglichte es der größer gewordenen BRD, wieder Kriege gegen andere Länder zu führen! ...

Und es stehen weitere Prozesse in Aussicht, wo es notwendig wird, die „Angeklagten“ nicht alleine zu lassen. Unser gemeinsamer Kampf geht weiter. Wir lassen uns und unseren notwendigen Kampf gegen Krieg und Faschismus nicht verbieten! Und unser Symbol auch nicht! Freundschaft!

Martina Holzinger

Von Mitglied zu Mitglied

Superschön-Urlaub in der Lausitz: Hotel-Pension 14 Ü/VP 574 €, 7 Ü/VP 315 €, auch HP mgl. Idyllisch-ruhige Lage. Speisen im neuen Wintergarten mit Blick ins Grüne. Fahrradverleih, Busfahrten u.v.m.

Prospekt: Tel. 035894/30470;
www.pensionweiser.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 30.04.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.05.2014

Einstellung im Internet: 06.06.2014

Auslieferung: 12.06.2014

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEBEXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29784315